

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffstätten und J. B. v. Schweizer.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 3/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. Südd., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition von jedem soliden Speciteur, von der Expres-Compagnie, Scharrenstraße 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreizehnpolige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Politischer Theil.

Deutschland.

* **Berlin, 28. Febr.** [Zur Habsburg-Hohenzollern'schen Allianz] schreibt die Wiener „Presse“:

Man telegraphirt uns aus Berlin, daß die preussische Regierung die Uebertragung der provisorischen Verwaltung Holsteins auf Preußen fordern will. Es kann keine Rede davon sein, daß Oesterreich in diese plumpe Falle geht. Die Annexion wäre im Falle der österreichischen Zustimmung zu dieser Forderung eine Thatsache. Man windet und dreht sich in Berlin, um die Sache von der rechten Seite anzufassen und da man diese Seite nicht findet, stößt man Kriegsdrohungen aus. Wertwüdig ist es, daß die N. A. Z. davon spricht, Preußen könne nicht dulden, daß der Schwerpunkt Deutschlands nach Wien verlegt werde; das preussische Volk werde dagegen einsehen. Wir werden ja sehen, was bei diesem Bramarbasiren herauskommen wird.

Die Drohungen Oesterreichs mit dem „Deutschen Bund“ sind freilich nichts weniger als ein „Bramarbasiren“ zu nennen, wohl aber eine Lächerlichkeit.

[Aus den Elbherzogthümern.] Der „Hamb. Correspond.“ veröffentlicht den Wortlaut einer Eingabe der holsteinischen Landesregierung an die Stadthalterei vom 23. v. M., worin dieselbe gegen die gesegwidrige einseitige Ueberreichung der Adresse von Scheel und Genossen an den König von Preußen protestirt und sich ausdrücklich verwahrt, daß Agitationen geduldet werden, deren ausgesprochener Zweck rechtlich oder moralisch unbillig sei. Die Landesregierung constatirt vielmehr, daß der gesunde Sinn der Holsteiner sich nicht habe beirren lassen, und bietet in corpore ihre Entlassung an, wenn der holsteinische Stadthalter die von Scheel und Genossen gegen die Landesregierung erhobenen Beschuldigungen für begründet fände. Gegen die Unterzeichnung der Annexionsadresse behält sich die Landesregierung das Gerichtsverfahren vor und bittet um Mittheilung dieser Eingabe an den Kaiser von Oesterreich.

→ [Preussische Press-Schicksale.] In Düsseldorf wurden nachträglich die letzten drei Nummern der „Rhein. Ztg.“, welche den Vorbericht der Budget-Commission über das Budget von 1866 zu veröffentlichen begonnen hatten, mit Beschlagnahme belegt und zugleich erklärt, daß jede Fortsetzung dieser Veröffentlichung confiscirt werden würde. Da es sich bei dieser Androhung doch schwerlich um strafbare Stellen, die sich in der Fortsetzung etwa noch finden könnten, handeln wird, so ist die Maßregel nur erklärlich durch die Annahme, daß diese Altensünde als Schriftstücke eines Criminalprozesses betrachtet worden sind, welche nach §. 48 des Preussengesetzes nicht, bevor die mündliche Verhandlung stattgefunden oder „der Prozeß auf anderem Wege sein Ende erreicht hat“, veröffentlicht werden dürfen. — Confiscirt in Posen die „Ostdeutsche Ztg.“ vom 22. v. M., ohne Angabe von Gründen. — In Guben stand gegen den Redakteur des dortigen „Fortschritt“ am 22. v. M. Termin in drei Auflagen an; derselbe wurde aufgehoben,

weil auf wiederholten Antrag des Verteidigers, Rechtsanwalt Kette aus Frankfurt (in Guben hat der Angeklagte den Rechtsbeistand nicht erlangen können) die Entlastungszeugen seitens des Angeklagten vernommen werden sollen. Auch in Frankfurt hat neulich, wie wir hören, das Cottbuser Kreisblatt bei der Verhandlung vor dem Appellations-Gericht keinen Verteidiger zu finden vermocht. — In Königsberg erhielt am 22. vorigen Monats der Redacteur des dortigen „Schulblattes“, Lehrer Sach, das Erkenntniß des Kgl. Obergerichtsbundes vom 26. Jan. c., nach welchem der Senat für Strafsachen die Nichtigkeitsbeschwerde desselben gegen eine Verurteilung zu 14 Tagen Gefängniß zurückgewiesen hat. Die betreffende Verurteilung, welche nunmehr rechtskräftig ist, war wegen der Androhung „die Reliquie“, im Kalender „der Wanderer“ v. 1865, erfolgt. — Freigegeben ist die „Preuss.-Lit. Ztg.“ v. 11. Jan., die wegen der Erklärung des Abg. Bernhardt damals confiscirt worden war. Welche Schicksale die confiscirte Nummer in dieser Zeit erlebt hat, wissen wir nicht — sagt die Redaction bei. — Freigegeben ist ferner, und sogar seitens der Staatsanwaltschaft selbst, die neulich wegen ihres Kammerberichts doppelt confiscirte „Oberzeitung.“ — Die Morgenausgabe der „Oberz.“ vom 27. Febr. wurde wegen des Leitartikels confiscirt. Es ist dies die vierte Beschlagnahme des Blattes innerhalb acht Tagen. — Die in Wien erscheinende „Neue freie Presse“ ist durch Erlass des Ministers des Innern, vom 24. v. M. in Preußen verboten.

Kurbessen. [Ministerkrisis.] In Kassel ist seit einigen Tagen wieder einmal viel von der üblichen Ministerkrisis die Rede. Minister Harbordt soll es vergeblich versucht haben, für die am 1. März wieder zusammentretenden Stände einige Gesetzentwürfe vorzubringen und deshalb um seine Entlassung eingekommen sein. Als seinen Nachfolger bezeichnet das Gerücht den Polizeidirektor Sunkel zu Marburg, auch einen Mann aus der Hassensprung'schen Schule. Die Folge würde dann vermuthlich eine nochmalige Vertagung der Stände sein.

Ausland.

* **Paris, 26. Febr.** [Tagesbericht.] Die Amendements zur Adresse. Der rumänische Staatsreich. Theresia.] Im gesetzgebenden Körper und in der Presse füllen die Amendements der Opposition zur Adresse die Verhandlungen und Spalten aus. Dieselben sind alle mehr oder minder farblos, schwächlich, von keiner Bedeutung. — Die „France“ glaubt in den Vorgängen in Bucharest das Resultat einer tiefangelegten und sorgsam geheimegehaltenen Militär- und Palast-Revolution zu sehen, die sich aber auf die Unzufriedenheit der öffentlichen Meinung stützt. Die Mitglieder der provisorischen Regierung scheinen nicht der demokratischen Partei anzugehören. Herr Golesco allein repräsentirt im Cabinet die vorgeschrittene liberale Partei; aber man rühme seine Mäßigung. Die Herren Lascar und Catanji seien conservativ und der Oberst Haralombi, der die Militärpartei repräsentirt, gelte als ein sehr tapferer und energischer Mann. Der Präsident des Ministeriums, J. Ghika, erfreut sich in den Fürsten-

thümern einer unbestreitbaren Popularität. — „Die Donaufürsten“, sagt die „France“ weiter, „sind durch den Pariser Vertrag unter den Schutz des europäischen Rechts gestellt. Alles, was sie interessiert, ist auch den verschiedenen Mächten, denen sie ihre gegenwärtige Organisation verdanken, nicht gleichgültig. Man glaubt nicht, daß die Pforte interveniren werde, ohne daß die Unterzeichner des Pariser Vertrags die diplomatische Action bestimmen, welche von den Ereignissen vorgeschrieben ist.“ Die „France“ meint den Esel und schlägt den Saft. Sie spricht von der Pforte und meint wohl Rußland. — Der „Indep.“, welche die Nachricht gebracht hatte, der Kaiser habe der Theresia einen Armeis im Werthe von 3000 Fres. verehrt, wurde bedeutet, sie werde im Wiederholungsfall einer ähnlichen Verleumdung für immer aus Frankreich ausgeschlossen bleiben. Also haben Se. Majestät gratis gelacht.

Italien. [Aus der Kammer.] Deposi beantragte in der Sitzung vom 26. d. Mts. bei Fortsetzung der großen Discussion über die Politik des Cabinets Lamarmora Uebergang zur einfachen Tagesordnung, da es nicht zeitgemäß sei, ein Urtheil zu fällen. Dagegen gab Scialoja im Namen des Cabinetts die Erklärung ab, das Ministerium werde die Vertagung des Bommis oder die Annahme der einfachen Tagesordnung als ein Mißtrauens-Votum auffassen und danach seine Einrichtung treffen. Der Uebergang zur einfachen Tagesordnung ward hierauf mit 181 gegen 150 Stimmen abgelehnt, worauf die motivirte Tagesordnung: „indem das Haus sich sein Urtheil über die Finanz-Vorlagen vorbehalte, spreche es wegen der politischen und administrativen Verbesserungen dem Ministerium sein Vertrauen aus“, vom Ministerium als annehmbar bezeichnet und sodann vom Hause mit 181 gegen 142 Stimmen angenommen ward. Die Vorlage wegen der provisorischen Verlängerung der Budgets wurde mit 288 gegen 68 Stimmen angenommen.

* **Schweiz.** [Zur Vertagung des Rational- und Ständeraths] berichtet man aus Bern, daß jenem schnellen Abbruch der Verhandlungen nach der Genehmigung der bundesrätlichen Beschlüsse über das Resultat der Volksabstimmung vom 14. Januar, betreffend das Revisionswerk der eidgenössischen Räte, nichts andres zu Grunde liege, als daß man dem Eintreffen der 50,000 Unterschriften für ihre Abberufung und Vornahme einer neuen Revision noch während ihres jetzigen Beisammenseins hat aus dem Wege gehen wollen. So werden Bourgeois-Republicken registert.

* **Bucharest.** [Zum Staatsreich.] Nach einer Depesche der Wiener „Debatte“ wäre Custa nach Wien abgereist. Nach anderen Nachrichten wäre er nach Paris gegangen. Dasselbe Blatt constatirt die Existenz einer Depesche des Divans, welche erklärt, daß die Pforte in die Wahl seines Hospodaren willigen werde, welcher der Familie eines regierenden europäischen Herrscherhauses an-

gebore. — Das Petersburger „Journal de St. Petersbourg“ meldet: Der bucharer Aufstand war nicht nur eine Verletzung der inneren Landesgesetze, sondern auch durch Proclamation eines fremden Prinzen eine Verletzung des Vertrages von 1858. Das Journal erinnert den Grafen von Flandern an das Beispiel seines Vaters, der den Thron der Belgier erst nach Zustimmung der Conferenz annahm. — Die Abendnummer des belgischen „Echo du Parlement“ bestätigt, daß der Graf von Flandern sofort die auf ihn gefallene Wahl der Rumänen abgelehnt hat, indem das offiziöse Blatt erklärt, der Graf von Flandern, welchem die Liebe der Belgier genüge und der bereits die griechische Königskrone zurückgewiesen habe, werde „vernünftlich“ auch den ihm angetragenen Thron von Rumänien nicht annehmen. Persönlicher Erkundigung zufolge wäre diese Entscheidung in Bucharest im Voraus nicht unbekannt gewesen und hätte man dort nur die Weigerung des Grafen von Flandern abgewartet, um den Prinzen von Leuchtenberg zum Hospodar zu ernennen. Ob die europäischen Mächte einen solchen Ausgang mit Gleichmuth hinnehmen werden, bleibt zu gewärtigen. — Ueber den Verlauf der Verschwörung schreibt man der Augsburger „Allg. Ztg.“ aus Paris vom 24. Februar:

Folgendes ist der wesentliche Inhalt einer Depesche, welche gestern Abend ein hiesiges Mitglied der rumänischen Oppositionspartei erhalten hat. Die Maßregeln waren so gut getroffen, daß der Fürst Kusa keine Ahnung von den Dingen hatte, welche sich vorbereiteten; um ihn vollends zuversichtlich zu machen, hatte die Kammer nachmittags einen von ihm beantragten Credit für irgend einen Gegenstand einstimmig votirt. Am 9 Uhr Abends erschien der Oberst Selanko (Golesco?) bei ihm, ihm ankündigend, daß ihm nichts übrig bleibe, als abzudanken, da sämtliche Truppen für die Bewegung gewonnen seien. Es solle kein Tropfen Blut vergossen werden, um den Mächten zu zeigen, daß es sich nicht um eine Revolution, sondern nur um eine Evolution handle. Unterdessen war Militär in das Zimmer gedrungen. Der Fürst stieg sich in das Unvermeidliche, unterzeichnete seine Abdankung, und wurde „zu seiner eigenen Sicherheit“ als Gefangener in ein anderes Gemach seines Palastes gebracht. Mittlerweile war eine provisorische Regierung, mit dem genannten Selanko an der Spitze, ernannt worden, und auf seinen Antrag proclamirte die Kammer sofort den Grafen von Flandern. Ich füge diesen Mittheilungen hinzu, daß ein Agent der revolutionären Partei, der seit mehreren Monaten in Paris weilte, vor etwa drei Wochen dem Kaiser eine Denkschrift über die Lage in den Donaufürstenthümern hatte zustellen lassen, worin er den Kaiser bat,

für den Fall einer Krisis den Prinzen zu bezeichnen, der ihm angenehm sein würde. Es versteht sich von selbst, daß hierauf keine Antwort erfolgte; eine solche hätte der Verfasser der Schrift aber auch nicht erwartet. Ihm und seiner Partei war es offenbar nur darum zu thun, sich zur rechten Zeit auf seine „Bitte“ berufen zu können.

Sieben Jahre hat die Herrschaft Kusa's gedauert. Durch die Wahlversammlungen der Moldau und Walachei zum Hospodar beider Fürstenthümer erkoren und gemäß der Landesunion, welche die Florie für die Dauer seiner Regierungszeit gelten lassen zu wollen erklärt hatte, am 23. December 1861 als „Hospodar von Rumänien“ proclamirt, hat er seine Aufgabe darin gesucht, das Land nach seinem Vorbilde in Paris zu regieren. „Wie er sich räuspert und wie er spuckt, das hat er ihm glücklich abgedruckt“; im Uebrigen ist keine Regierung auf allen Gebieten eine für das Land verderbliche gewesen. Die Bojaren und das Volk mißhandelte er gleichmäßig, seine Rathgeber waren meist Moldauer der obscursten Art. Am 19. Juli 1865 verließ er das Land und legte in der bei dieser Gelegenheit erlassenen schwungvollen Proclamation nochmals seinen Untertanen die Mitwirkung bei einer schnellen Durchführung des Ruralgesetzes ans Herz, denn damit setze „der Schlüsselstein in die Reorganisation Romaniens“ eingesetzt werden. Während aber noch Kusa sich in Ems aufhielt und diesen Aufenthalt auch zu einem Ausfluge nach Frankreich zu seinem großen Protector benützte, brach am 15. August die Revolution in Bukarest aus, welche 100 Menschen das Leben und 2000 die Freiheit kostete, und in ihrer Genesniß und ihren Endzweilen noch heute in Dunkel gehüllt ist. Unter den Verhafteten befand sich damals auch das jetzige Haupt der provisorischen Regierung, General Golesco, welcher scheinbar der Bewegung ganz fern gestanden, also auch von ihr überrascht worden war. Am 25. August kehrte der Fürst nach seiner Heimath zurück, hielt sich aber auf dem Landsitze Ruginosa auf, wo er sich von seinen Getreuen Bericht erhalten ließ. Nach Bukarest kehrte er erst acht Tage später in geschlossenem Wagen, von zwei Escadronen begleitet, zurück, hielt sich aber selbst dann nur einige Stunden in der Residenz auf und bezog ein nahe gelegenes Lustschloß. Nachdem jedoch die öffentliche Stimmung sich trotz aller gutgeleiteten Proclamationen nicht beruhigte, auch die Armee mit ihren Sympathien für den Fürsten immer mehr lachte, entsloß sich Kusa zu einem Personewechsel der die Leute glauben machen sollte, daß die gefährliche Camarilla, die ihn umgab, ihren Einfluß eingebüßt habe. So wurde Liebrecht Adjutant, welcher zugleich die Lei-

tung des Post- und Telegraphenwesens unter sich hatte, für drei Monate auf Urlaub nach dem Auslande geschickt, denn dieser Mann war am meisten als hervorragendes Mitglied der Hofpartei verfaßt. Auch Marghiloman, der Stadtpräsident und Polizeidirektor von Bukarest, wurde seines Postens entsetzt; damit dem Manne aber nicht zu wehe geschähe, zum Präsidenten des Districtes Ilesco ernannt, zu welchem Bezirke auch die Hauptstadt gehört. Am 11. Sept., als dem Namenstage des Fürsten Alexander, glaubte dieser einen großen Trumpf damit anzuspielden, daß er fünf der Lieblinge des Volkes, welche am 15. August verhaftet wurden, wieder in Freiheit setzen ließ, und darunter befand sich auch Golesco. Am 5. Februar ging die Feier der Thronbesteigung des Fürsten mit allem officiellen Gepränge vor sich. Man munkelte von einer geheimen Verschwörung, die an diesem Tage eine Revolution ausbrechen zu lassen gedächte, aber es blieb Alles still, obgleich der Plan zur Revolution wirklich vorhanden haben soll. Das Weitere, die Entlassung des Ministersiums, die zum Schein bewilligte Anleihe von 40 Millionen und dann das unerwartet rasche Fallen des Verhangs ist bekannt.

Vereins-Beitrag.

Erfurt, 26. Febr. (Allg. deutsch. Arb.-Verein.) Die hiesigen Mitglieder des Allg. deutsch. Arb.-Vereins hatten eine große öffentliche Versammlung einberufen, auf Sonntag den 25. Febr., Nachmittags 3/4 Uhr im Tunnel des hiesigen Rathhofes, welche von 4—500 Personen besucht war. Gegen 4 Uhr eröffnete der Bevollmächtigte B. Arnold die Versammlung mit einer Ansprache, worin er namentlich hervorhob, daß die Gegner ausgepresst und gelaugt, in Erfurt wäre der Lassalle'sche Verein längst todt, weil nun gerade ein Jahr verfloßen, seitdem eine große Versammlung abgehalten wurde; aber trotz aller Stürme und Verdächtigungen siehe heute noch die hiesige Gemeinde sowie der ganze Verein neu gekräftigt da. Er machte nun die Versammlung mit der Tagesordnung bekannt. Den ersten Vortrag würde Herr Frigische aus Leipzig halten und müßte jeder Redner für oder wider in die Rednerliste einzeichnen und den der Tribüne aus sprechen; das Sprechen vom Platz aus könnte bei der heutigen Versammlung nicht stattfinden. Hierauf ertheilt er Hrn. Frigische aus Leipzig das Wort. Derselbe schilderte nach einer kurzen Einleitung mit klaren, kräftigen Worten die Lage des Arbeiterstandes unter der jetzigen Production des auf dem Capital ruhenden Fabrikbetriebes, hob dann einige Punkte der jetzigen Arbeitstheilung hervor und kam dann schließlich auf die jetzige Arbeiterbewegung, welche sich in zwei Lager theilt. Schweizer und Lassalleaner benannte man dieselben. Die Schweizer wollten durch Sparen ihre Lage verbessern und nannten das Selbsthülfe, die Lassalleaner wollten ihre Lage durch Staatshilfe verbessern, freilich muß man vom Staate das erst verlangen,

Feuilleton.

Randglossen zu dem Studenten-Congress von Lüttich.

Unter diesem Titel brachten zu Ende Decembers die unferen Feiertage durch die „Apborismen zur socialpolitischen Bewegung“ bereits bekannten „Historisch-politischen Blätter“ nachstehende interessante Aufsätze, die wir gelegentlich mitzutheilen versprochen. Ueber den ultramontanen Standpunkt dieser Artikel haben wir nicht nöthig, uns besonders anzusprechen. Den Arbeitern unserer Partei ist hinlänglich bekannt, wie und wodurch er sich von dem unsrigen unterscheidet. Die genannte Zeitschrift schreibt:

„Wir bekennen uns offen zum Materialismus. Wir sind Revolutionäre, Socialisten, Atheisten. Nachdem wir die Autorität Gottes abgeschüttelt, wollen wir auch von keiner menschlichen Autorität etwas hören. Das ist die Wissenschaft oder sie ist nichts. Mit Gewalt muß man die Menschheit zum Fortschritte bringen; die rothe Fahne ist das wahre Banner der Freiheit. Es lebe Danton, Marat, Robespierre und alle jene Helden des Jahres 93! Ihr Beispiel muß man befolgen, um den letzten Rest von Autorität abzuschaffen — sei's auch in Strömen von Blut!“

So sprachen die Söhne der „freien Wissenschaft“. Habt ihr sie gehört, ihr französischen Bourgeois, die ihr so unwillig an euren Ketten zerrt; ihr belgischen Freimaurer, denen der Anblick eines katholischen Priesters Krämpfe verursacht; ihr Liberale der deutschen Bundesstaaten, die ihr voll Sehnsucht über den Rhein schaut, ob nicht bald der Mann an der Seine, der kein liberales Strömungsmann zu werden Lust hat, vom Schauplatz verschwindet!

„Wir sind die Herren“, sprachen die Liberalen unter dem Bourgeois-Könige Louis Philippe, der ihnen seine

Krone dankte und dafür ewige Anechtenschaft gelobte und hielt; „wir sind die Herren“, so sprechen noch jetzt die Liberalen in Belgien unter dem vielgepriesenen Scepter des „schlaunen“ Leopold, „uns gehört die Kammer, uns die Gesetzgebungsmaschine, uns gebühren die Kemer und Würden des Staates, uns die Steuern und Geldmittel des Landes, uns gehört auch die Schule! Wir wollen nicht, daß die Jugend in einem andern Geiste, in anderen Grundsätzen erzogen werde, als uns genehm ist; die heranwachsende Generation muß Alles unbedingt loben und bewundern lernen, was wir gesprochen und gethan; dadurch sichern wir uns selbst die Herrschaft für die Zukunft und unseren Thaten ewigen Nachruhm. Wie wir selber nichts glauben, als was unferer Willkür genehm ist, so darf auch die Schule nichts lehren, als was wir ihr vorzuschreiben geruhen. Wie wir die Gesetze mit den humansten Redensarten verflüchten, aber so einzurichten verstehen, daß nur wir — die Advokaten, Fabrikanten, Breitenmänner und Kapitalisten — durch sie im Besitze der Macht und des Reichthums beschlügt werden, wie wir aber jeden, der nicht zu unferer bevorzugten Klasse gehört, von aller Macht, allem Einflusse und Emporkommen ausschließen: so muß auch die Schule, die wir besolden, zwar die schönsten Phrasen gebrauchend von Freiheit, Fortschritt und Wissenschaft, aber sich wohl hüten, diese Worte anders, als wir befehlen, zu interpretiren. Webe dem Lehrer, der eine objective Begründung des Rechtes zu lehren und die für unsere Partei geschaffenen Gesetze anzugreifen sich unternimmt! Daß ihr aber über Mängel an Freiheit euch nicht beklagen könnt, so erlauben wir euch, auf die uns verhaßte katholische Kirche zu schwächen nach Herzenslust; die Päpste, die Bischöfe und Priester, die Klöster und alle Institute und Handlungen der Kirche dürft und sollt ihr verhöhnen und lästern und täglich euren Wig und Spott daran üben. Ihr dürft alles Heilige und Ehrwürdige, was dem katholischen Volke theuer und unantastbar erscheint, als Unsinns und Abergewiss und alberne Thorheit brandmarken; aber unser goldenes Kalb, das wir anbeten, die Grundsätze, die wir euch als Dogmen

vorlegen, die Unfehlbarkeit der liberalen Partei, welche das Zepter führt, die absolute Vernünftigkeit der Gesetze, welche wir geben, die Berechtigung der Reichen, den Staat als ihre Domäne zu betrachten und in seinem Reichthume zu schwelgen, das natürliche Heilenthum der Armen, die wir zu unseren Zwecken ausbeuten, die vollkommene Rechtlosigkeit unferer politischen Gegner, die wir zu vernichten bestrebt sind; alle diese Grundsätze und Dogmen unseres Glaubens müssen euch heilig sein; sobald ihr sie nur durch ein Wort anzugreifen euch erdret, werfen wir euch von euren Lehrstühlen herab und nehmen euch enere seltne Befoldung! Und wenn euch dieses Maß von Freiheit noch nicht genügt, so erlauben wir euch noch, den historischen Adel, die Fürsten, die Könige und Kaiser, sie mögen persönlich gut oder böse, human oder grausam gesinnt seyn, ihre Regierung mag geegnet und glücklich oder das Gegentheil seyn, mit euerem Spott und Hohn zu besudeln und sie zum Gegenstand des Gelächters oder des Abscheues zu machen. Denn wir erklären Jeden für einen Missethäter an der Majestät unferer Partei, der auf Geschichte, Recht und Vertrag eine Macht gründet, die wir nicht gndigst ihm übertragen haben. Nur jene Fürsten müßt ihr mit den Pfeilen eures Spottes verschonen, welche uns unbedingt folgen, die uns als Väter betrachten und alle einflussreichen Stellen des Landes uns überlassen. Solche Fürsten sind uns nicht hinderlich; im Gegentheil, durch ihren Namen, der auf die ungebildete und am alten Rechte hängende Masse noch immer großen Einfluß ausübt, sind wir gedeckt und können uns so leichter und sicherer unsere Zwecke verfolgen, der ganzen Staatsgewalt uns bemächtigen, unsere Gegner als Hochverräter brandmarken und unsere Theorien durchführen.“

So sprachen ihr zu euren Lehrern, ihr Liberale Frankreichs und Belgiens, als ihr durch List und Verleumdung, durch Intriguen und offene Gewalt euch der Regierung bemächtigt hattet. Nach euerem Grundglaube „Freiheit für uns, Anechtenschaft für unsere Gegner!“ habt ihr die Kirche aus euren Schulen vollständig verstoßen, habt Staatsschulen geschaffen und Millionen dafür be-